

Wir begrüßen es, daß die neue Friedensinitiative der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und anderer sozialistischer Staaten erste Erfolge zu verzeichnen hat. Die Regierung schätzt die bisherigen Ergebnisse real und nüchtern ein. Sie ist sich bewußt, daß der Weg zu einem dauerhaften Frieden in der Welt kompliziert ist und daß es hartnäckiger Anstrengungen bedarf, um die noch vorhandenen Hindernisse beiseite zu räumen.

Es widerspiegelt unsere Friedenspolitik, daß die DDR zu den ersten Unterzeichnerstaaten des Moskauer Vertrages über das Verbot der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im kosmischen Raum und unter Wasser zählte. Dieser Vertrag hat nicht nur für das Leben und die Gesundheit der Völker eine beachtliche Bedeutung; er ist ein erster Schritt zur Verständigung über weitere internationale Probleme.

Der von der westdeutschen Regierung unternommene Versuch, die Deutsche Demokratische Republik im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages zu diskriminieren, ist gescheitert. Das Bonner Intrigieren gegen unsere Friedenspolitik hat im Gegenteil zur Folge gehabt, daß in aller Welt die Erkenntnis über die verständigungsfeindliche Haltung der westdeutschen Regierung weiter zunahm. Die westdeutsche Regierung konnte und kann nichts an der Tatsache ändern, daß die Deutsche Demokratische Republik gleichberechtigtes Mitglied des Moskauer Vertrages mit allen sich hieraus ergebenden Rechten und Pflichten ist.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat auch die von der XVIII. Tagung der Vollversammlung der Vereinten Nationen angenommene Resolution über das Verbot der Entsendung von Kernwaffen in den Kosmos begrüßt und den Vereinten Nationen ihre Zustimmungserklärung übermittelt.

Die Deutsche Demokratische Republik betrachtet den Verzicht beider deutscher Staaten auf Kernwaffen und ihren Beitritt zu einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa als eine wichtige Frage für den Frieden in Europa und in der Welt. Die wiederholte der Regierung der westdeutschen Bundesrepublik unterbreiteten Vorschläge zum Verzicht beider deutscher Staaten auf Kernwaffen sind nach wie vor gültig.